

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

## DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER NATO

**Jahrestagung der NATO-PA  
in Orlando, USA, 7. – 11. November 2003**

### BERICHT DES VORSITZENDEN GENERAL PHILIPPE MORILLON

---

22. Januar 2004  
AFET/NG/jl

1. Die Herbsttagung der NATO-Parlamentarierversammlung, die vom 7.-11. November 2003 in Orlando, Florida, USA, stattfand, beschäftigte sich besonders mit der Situation im Nachkriegs-Irak sowie mit der Frage, wie das gestörte transatlantische Verhältnis wieder repariert werden kann. Vor diesem Hintergrund ist die moderate Tonlage der Diskussionen zwischen Amerikanern und Europäern auf dieser Tagung in Florida hervorzuheben, die sich wohltuend abhob von den teilweise aggressiven Tönen auf den vorherigen Sitzungen in Istanbul und Prag, vor und während des Irak-Krieges.

In Orlando wurde allgemein die Einsicht akzeptiert, dass der Frieden schwieriger zu gestalten ist als den Krieg zu gewinnen, und dass Wiederaufbau und Nation-Building im Irak jenseits der amerikanischen militärischen Kriegsführungsfähigkeiten einer breiten internationalen Unterstützung bedürfen - nicht zuletzt auch von Seiten der Europäer.

2. In der Entschließung des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses (Pierre Lellouche) sprach sich die Versammlung für eine formelle Rolle der NATO im Stabilisierungs- und Wiederaufbauprozess des Irak aus und empfahl, "to develop options for participation in NATO operations in Iraq as soon as possible".

Gleichzeitig sprach man sich dafür aus, die politische Kontrolle des Irak an das irakische Volk zu übergeben, sobald dies praktikabel erscheint (as soon as practicable).

3. Die Wiederherstellung des Vertrauens in das transatlantische Verhältnis war eine weitere zentrale Botschaft des Treffens in Orlando.

Der Präsident der NATO-Parlamentarierversammlung, der US-Kongressabgeordnete Doug Bereuter, wollte dabei der EU eine größere friedenssichernde Rolle auf dem westlichen Balkan zusprechen und empfahl den Europäern bereit zu sein, die Friedensmissionen in Bosnien und im Kosovo von der NATO zu übernehmen.

Zu seiner Plenarrede führte er weiter aus:

*Eine wirksame friedenserhaltende Kapazität wird andere EU-Zuständigkeitsbereiche ergänzen, wie etwa die Arbeit der EU zum Aufbau ziviler Institutionen, ihre Wirtschafts- und Infrastrukturhilfe sowie ihre verfügbaren Reserven an zivilen Polizeibeamten. So kann die ESVP ein wichtiger Teil eines umfassenden Spektrums von Kapazitäten für Krisenmanagement in Europa sein.*

Aus seinen Äußerungen kann man den Schluss ziehen, dass die USA die ESVP vor allem als eine Streitmacht zur Friedenssicherung (peace-keeping force) sehen möchten und nicht als Kampftruppe zur Friedenserzwingung (peace enforcement). Diese bleibe eher der NATO vorbehalten, weshalb er sich auch klar gegen eine Beistandsklausel in einer europäischen Verfassung aussprach.

*Die NATO bleibt die Organisation, die am wirkungsvollsten die Nationen Europas und Nordamerikas gegen schwere Bedrohungen ihrer Sicherheit verteidigen kann.*

*Diejenigen europäischen Nationen, die eine Allianz zur gegenseitigen Verteidigung wünschen, haben sich bereits an die NATO gewandt, um ihnen diese Sicherheitsgarantie zu bieten.*

*Eine gegenseitige Beistandsklausel in der EU-Verfassung würde dazu führen, dass die ESVP eher mit der NATO in Wettbewerb tritt, als sie zu ergänzen. Wir hätten dann zwei Organisationen, die genau den gleichen Auftrag hätten. In einer Zeit, in der viele europäische Länder nicht in der Lage sind, ihre derzeitigen Verteidigungslasten zu tragen, wage ich zu bezweifeln, dass sie sich politisch oder finanziell eine neue Organisation des gegenseitigen Beistands leisten können.*

4. Die Botschaft des scheidenden Generalsekretärs Lord Robertson an die Europäer war: Europa muss mehr einsatzfähige und miteinander kooperationsfähige Truppen bereitstellen.

*„1,4 Millionen reguläre Truppen, die in 18 NATO-Ländern außerhalb der USA stationiert sind, zusätzlich zu etwa 1 Millionen Reservisten. Obwohl nur 55.000 Soldaten derzeit im Rahmen multinationaler Missionen eingesetzt sind, geben die meisten ihrer Länder an, dass sie überfordert sind und nicht mehr tun können.*

*Das ist einfach inakzeptabel. Es birgt die Gefahr strategischen Versagens in laufenden Einsätzen und die Unfähigkeit zu handeln, wenn neue Krisen – oder Möglichkeiten – auftauchen. Es geht nicht nur um die Glaubwürdigkeit der NATO. Dieselben Einsatzkräfte werden von der UNO, der EU und Koalitionen genutzt.“*

Seine zweite Botschaft war: Afghanistan muss ein Erfolg werden.

*„Bei einem Fehlschlag wird Afghanistan überall sein. Schlimmer noch, die Glaubwürdigkeit der NATO wird zusammen mit derjenigen jeder NATO-Regierung Schaden nehmen. Wer wird im Kampf gegen den Terror an unserer Seite stehen, wenn wir eine Verpflichtung wie diese eingehen und dann nichts vorweisen können?*

*Ich bin sicher, dass die NATO in Afghanistan erfolgreich sein wird. Hierfür müssen wir aber eine zweite Herausforderung meistern: Die beträchtliche Steigerung der Einsatzfähigkeit europäischer Streitkräfte.“*

Seine dritte Botschaft bezog sich auf die Herausforderung, die strategische Partnerschaft zwischen NATO und EU zum Erfolg zu führen.

*Zu den wichtigsten Ergebnissen, die während meiner Amtszeit erreicht wurden, zählt die Einigung von Anfang dieses Jahres auf die sogenannten „Berlin-Plus“-Vereinbarungen, nach denen die EU eine garantierte Nutzungsmöglichkeit von NATO-Mitteln für ihre Operationen hat.*

*Das ist eine gute Regelung für Steuerzahler und Wähler auf beiden Seiten des Atlantiks. Es bedeutet mehr Ressourcen für echte Kapazitäten, und nicht Papierarmeen und Papierhauptquartiere. Es bedeutet keine unnötige Doppelarbeit der Organisationen. Und es bedeutet in der Praxis eine Steigerung unserer allgemeinen Fähigkeit, die Probleme zu bewältigen, mit denen wir alle konfrontiert sind.*

*„Berlin Plus“ blockiert nichts. Es ist eine Vereinfachung. Es funktionierte in FYROM, wo die EU NATO-Mittel nutzte. Es funktionierte im Kongo, wo die NATO beschloss, nicht einzugreifen, und wo die EU beschloss, dass sie keine NATO-Mittel brauchte. Es kann zu jedem Anlass funktionieren, denn es wurde so angelegt, dass die gesamte strategische Bandbreite abgedeckt werden kann.*

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Pressemitteilung der EP-Delegation vom 9. November 2003 verwiesen (Anhang).

5. Die Forderung nach einer größeren Effizienz der internen Entscheidungsfindung der NATO wurde vom Generalstabschef der US-Streitkräfte, General Richard Meyers, anhand eines mit Videoclips unterlegten Krisenszenarios mit terroristischen Raketenanschlägen im Mittelmeerraum illustriert. General Meyers schlug vor, dass dem NATO-Oberbefehlshaber in Europa, SACEUR, größere Entscheidungsfreiheiten bei der Einsatzplanung eingeräumt werden müssten. Die geltenden Entscheidungsphasen müssten zeitlich verkürzt werden, um den neuen Bedrohungen wie die terroristischer Anschläge besser gerecht werden zu können.
6. Ein weiteres Problem des internen Reformbedarfs der NATO wird sich mit der Erweiterung von 19 auf 26 Mitgliedsländer im Juni 2004 verschärfen. Da der NATO-Rat nach dem Konsensmodell arbeitet, wird die Entscheidungsfindung immer schwieriger. Deshalb regte der Berichterstatter des Politischen Ausschusses, Bert Koenders, an, dass für künftige NATO-Operationen eine 'Koalition der Willigen' innerhalb der Allianz möglich sein muss. In einer entsprechenden EntschlieÙung der Versammlung wird deshalb vorgeschlagen, „*dass einem „Ausschuss der beitragenden Länder“ der NATO in Zukunft ein Mandat erteilt werden sollte, Operationen im Namen der Allianz nach Genehmigung durch den Nordatlantikrat (NAC) durchzuführen.*“
7. Ein wichtiger Punkt auf der Agenda der Jahrestagung in Orlando war auch die Frage der Massenvernichtungswaffen (WMD) und ihrer Weiterverbreitung.  
  
Hauptpunkt war hier die Forderung nach einem verbesserten Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse zwischen den NATO-Mitgliedstaaten, damit eine Einigung darüber erzielt werden kann, in welchem Maße eine Bedrohung durch WMD und Terrorismus besteht. Die Versammlung forderte eine Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit Partnern im Kampf gegen die Bedrohungen durch Weiterverbreitung, Terrorismus und zerfallende Staaten.
8. Kernpunkte der Diskussionen in den verschiedenen Ausschüssen waren die transatlantischen Beziehungen, der Wiederaufbau im Irak, die Friedensmissionen auf dem Balkan und Afghanistan, der Schutz der Zivilbevölkerung vor Terroranschlägen sowie internationale Handelsfragen und ihre Bedeutung für die globale Sicherheit.

**Alle Berichte und Reden können auf der Website <http://www.nato-pa.int> abgerufen werden.**

9. Die nächste Frühjahrssitzung der NATO-PA findet vom 28. Mai - 1. Juni 2004 in Bratislava, Slowakei, statt.

Anhang:

- Teilnehmerliste EP-Delegation
- Presseerklärung

# EUROPEAN PARLIAMENT

## DELEGATION FOR RELATIONS WITH THE NATO-PARLIAMENTARY ASSEMBLY

### *DELEGATION TO THE ANNUAL SESSION OF THE NATO PARLIAMENTARY ASSEMBLY*

Orlando, Florida, USA, from 7 to 11 November 2003

#### List of participants

#### Members

#### Committee

Mr Philippe MORILLON, Chairman	PPE-DE	France	D&S
Mr Helmut KUHNE, Vice-chairman	PSE	Germany	E&S
Mr Ward BEYSEN	NI	Belgium	CDS
Mr Glyn FORD	PSE	United Kingdom	D&S
Mr Vitaliano GEMELLI	PPE-DE	Italy	CDS
Mr Demetrio VOLCIC	PSE	Italy	PC
Mr Karl VON WOGAU	PPE-DE	Germany	E&S
Mr Matti WUORI	Verts/ALE	Finland	S&T

#### **Abbreviations of the political groups:**

PPE-DE	Group of the European People's Party (Christian Democrats) and European Democrats
PSE	Group of the Party of European Socialists
GUE/NGL	Confederal Group of the European United Left/Nordic Green Left
Verts/ALE	Group of the Greens/European Free Alliance
NI	Non attached

#### **Abbreviations of committees:**

D&S	Defence and Security
E&S	Economy and Security
PC	Political Committee
S&T	Science and Technology
CDS	Civil Dimension of Security

# European Parliament

## Delegation for Relations with the NATO Parliamentary Assembly

### Press Statement

9 November 2003, Orlando / Florida

*“Europe has to produce more deployable and interoperable troops in order to be an equal partner to the US within NATO”,* declared the Head of the European Parliament Delegation, General Philippe Morillon, at the annual session of the NATO-Parliamentary Assembly in Orlando, Florida, on 9 November 2003.

In contributing to the debate with the Joint Chief of Staff, General Richard B. Meyers, who demanded more efficient and more rapid decision-making within NATO in order to keep up with the ever more dynamic threats, EU MPs agreed to the necessity for better coordination and transparency in military planning between NATO and the EU according to the Berlin Plus agreement.

In this context intelligence sharing (“need to share”) between the US and European partners would be of utmost importance in order to arrive at more common evaluations of the new threats of global terrorism, proliferation of weapons of mass destruction, state sponsorship of terrorism, and the nexus of these three – the possibility that a state will provide/sell these weapons to terrorists.

The main questions discussed in the different Committees at the session in Orlando, at which the European Parliament participated as an associated member with a 10-member strong delegation, were transatlantic relations, the rebuilding of Iraq, peace operations in the Balkans and Afghanistan, the protection of civilians against terrorist attacks as well as trade issues including their effects on global security.

*“NATO and the EU are mutually reinforcing institutions”,* stated Philippe Morillon, *“but we have to become more precise about the missions and mandates of the NATO Response Force (NRF) and the EU Rapid Reaction Force (RRF) as both are pulling from the same pool of forces”.*

*“I hope that the new European Security Doctrine, as developed by High Representative Solana and to which the European Parliament has recently contributed through its annual CFSP report, will be a good basis for the necessary strategic dialogue between Europe and the United States”,* declared General Morillon.

With regard to rebuilding Iraq, EU MPs expressed interest in the recommendation of the NATO-PA for a formal role for NATO in the stabilization and reconstruction of Iraq and to ensure that political control in Iraq is returned to the Iraqi people as soon as practicable, but insisted that within this process the UN must play a leading role.